

vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-BEZIRKS HESSEN-NORD



FOTO: BÜRO GREMMELS

BEZIRK
HESSEN-NORD

SPD

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

die Corona-Krise hat unser aller Alltag verändert. Oberste Priorität politischen Handels ist die Gesundheit der Menschen und die Verbreitung des Virus einzudämmen. Gleichzeitig müssen die Auswirkungen der Krise abgefedert werden. Das gilt sowohl für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wie auch für die Wirtschaft. Die Ausweitung der Kurzarbeit, erleichterte Zugänge zum Kinderzuschlag und besserer Schutz der Mieterinnen und Mieter sind genauso wichtig wie Direkthilfen für Selbstständige und Kreditprogramme der KfW sowie der WI-Bank. All das haben insbesondere Bundesfinanzminister Olaf Scholz und Bundesarbeitsminister Hubertus Heil innerhalb kürzester Zeit für die große Koalition auf den Weg gebracht. Schuldenbremse und ‚scharze Null‘ sind Geschichte. Aktuelle Informationen zur Coronakrise und Hinweise zu entsprechenden Förderprogrammen von Land und Bund findet ihr unter www.nordhessenpartei.de.

Unser Dank gilt insbesondere den wirklich systemrelevanten Berufen dieser Tage; insbesondere den Menschen in der Pflege und im Supermarkt. Bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung dürfen nach der Krise nicht vergessen werden. Zudem müssen wir wieder verstärkt medizinische Produkte und Medikamente in Deutschland und Europa produzieren.

Der SPD-Bezirksvorstand hat in seiner als Telefonkonferenz durchgeführten Sitzung beschlossen, den für Mai geplanten Bezirksparteitag ersatzlos zu streichen. Im Herbst werden viele Unterbezirksparteitage, Listenparteitage für Kommunalwahlen und erste Wahlkreiskonferenzen für die Bundestagswahl 2021 durchgeführt. Die Vorbereitungen für diese Wahlen haben Priorität. Da 2020 keine Vorstandswahlen anstehen und im letzten Jahr zwei Bezirksparteitage stattgefunden haben, halten wir die Absage für vertretbar. Ich bitte um Euer Verständnis.

Seit Mitte März sind auch die SPD-Geschäftsstellen in Nordhessen für den Publikumsverkehr geschlossen. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten von zu Hause. Wir sind aber jederzeit für unsere Mitglieder auch per Telefon (0561 / 70010-0) erreichbar.

Im Namen der nordhessischen SPD wünsche ich Euch und Euren Familien - vor allem gesundheitlich – alles Gute.

Mit solidarischen Grüßen

Euer Timon ■



V.l.: Torsten Warnecke MdL, Bernd Stahl (AfA), Heringens Bürgermeister Daniel Iliev, Karina Fissmann MdL, Dr. Udo Bullmann MdEP und Friedrich Nothhelfer (IGBCE-Bezirksleiter)

FOTO: THOMAS GIESE

IN EINEM GEMEINSAMEN EUROPA EINE GUTE ZUKUNFT GESTALTEN

Politischer Kehraus mit Dr. Udo Bullmann

Die Grenzen zwischen Konservativen und Rechtsextremisten drohen zu verschwimmen. Dies stellte der Europaabgeordnete Dr. Udo Bullmann beim Politischen Kehraus in der Stadthalle in Heringen fest. So seien die Grenzen zwischen der EVP-Fraktion und weit extremistischen Parteien nicht immer klar. "Die Europäische Union ist nicht nur ein großer Binnenmarkt. Europa baut auf Demokratie, Meinungs- und Pressefreiheit und Rechts- und Sozialstaatlichkeit. Wenn die EVP mit den Regierungsparteien Ungarns und Polens kungelt, liegt kein Segen darauf," schildert Bullmann seine Erfahrungen im EU-Parlament. Das ist nicht das, was die Bürgerinnen und Bürger in Europa wollen. "Denn," so Bullmann, "es ist doch nicht schwer zu erkennen, dass der hart erarbeitete Reichtum des stärksten Wirtschaftsraums der Welt nicht nur in die Taschen einiger weniger fließen darf. Wir müssen die Jugendarbeitslosigkeit und die Altersarmut ebenso angehen, wie einen Mindestlohn in ganz Europa". Der werde je nach Wirtschaftskraft in den Staaten unterschiedlich ausfallen. Hauptmerkmal sei allerdings, dass er auskömmlich ist. In diesem Zusammenhang bedauerte Bullmann den Brexit. Viele britische Freundinnen und Freunde seien mit einer demagogischen Kampagne hinters Licht geführt worden. Und es werden nicht die Demagogen sein, die die Zeche zahlen werden, sondern gerade die, die nicht so viel haben. Das zeichne sich in der britischen Industrie bereits ab. Abschließend wies Bullmann in seiner ergreifenden Rede darauf hin, dass es die Sozialdemokratie sei, die in der Zeit der Zunahme an Verunsicherung und rechtsterroristischer Gewalt für

die Gemeinschaft und Mitmenschlichkeit stünde. Seit 1863 sei es die Sozialdemokratie, die für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität eintrete.

Eröffnet hatte den 21. Kehraus der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) der SPD Hersfeld-Rotenburg mit einem Grußwort Bürgermeister Daniel Iliev. Ausdrücklich bedankte sich Iliev für die solidarische Unterstützung der K+S Beschäftigten durch die SPD und die AfA Hersfeld-Rotenburg in den vergangenen Jahren. Für die IGBCE hob der Bezirksleiter Friedrich Nothhelfer die Notwendigkeit hervor, in einer Zeit der immer neuen Herausforderungen sich für Stabilität einzusetzen. Gewerkschaftsarbeit heiße, sich den Wandlungen zu stellen, aber die Errungenschaften wie beispielsweise die Mitbestimmung nicht abräumen zu lassen. Gerade die Solidarität im Werratal habe gezeigt, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gemeinsam eindrucksvoll ein Zeichen setzen können.

Eine für ihn überraschende Ehrung erfuhr der ehemalige AfA-Vorsitzende Bernd Stahl aus Friedewald. Bedankte sich doch der SPD-Unterbezirksvorsitzende Torsten Warnecke herzlich bei ihm für seine langjährige Arbeit und für die gelungenen "Politischen Kehrause" in Heringen. Stahl erhielt eine Stracke und einen Roten (Wein).

Begleitet wurde die von gut 100 Gästen besuchte Veranstaltung vom Eisenblasorchester Bebra. Das vom Orchester musikalisch begleitete und gemeinsam gesungene Steigerlied war wieder einmal ein eindruckliches Zeichen. Das anschließende gemeinsame Heringessen bildete mit vielen Gesprächen den Abschluss des Kehraus der AfA. ■

ANTI-TERROR-ZUSAMMENKUNFT EUROPÄISCHER JUSTIZMINISTER

Franke sprach über Arbeit als Opferbeauftragter

Die europäische grenzübergreifende Zusammenarbeit im Kampf gegen Terrorismus stand im Mittelpunkt der Treffen der „Groupe Vendôme“.

Diese setzt sich aus den Justizministern der Benelux-Staaten, Frankreich, Spanien, Italien und Deutschland zusammen. Die Minister tagten am 12. Februar im Justizministerium in Berlin.

Als Opferbeauftragter der Bundesregierung hat Edgar Franke an der Tagung teilgenommen. Denn neben Rechtsterrorismus war der Opferschutz ein wichtiges Thema des Treffens. Er hat dort sein Amt und seine Arbeit vorgestellt.

Deutschland hat die finanzielle Un-

terstützung von Opfern terroristischer Anschläge erheblich ausgeweitet; so erhalten beispielsweise Hinterbliebene nunmehr Soforthilfen von 30.000 Euro. Es ging auch um die gesetzliche Neuregelung des Sozialen Entschädigungsrechts und die wesentlich verbesserten Leistungen, die jetzt Gewaltopfer generell bekommen.

Edgar hat aber auch über seine Erfahrungen aus den Gesprächen und Begegnungen mit den Opfern aus Halle und vom Berliner Breitscheidplatz berichtet. Ebenso von persönlichen Gesprächen mit Bürgermeistern, die sich durch Rechtsextremisten bedroht fühlen oder schon Opfer von Hasskriminalität ge-



worden sind.

Im Vorfeld des Treffens der „Groupe Vendôme“ hatte Franke auch den belgischen Koordinator für die Terrorismusbekämpfung der Europäischen Union, Gilles de Kerchove, zum Erfahrungs- und Meinungsaustausch getroffen. ■

Edgar Franke mit dem belgischen Koordinator für die Terrorismusbekämpfung der EU Gilles de Kerchove.

FOTO: HABIG BMFJV

ERHÖHTE FÖRDERUNG FÜR ELEKTROFAHRZEUGE

Timon Gremmels MdB: Wichtiges Signal für Automobilstandort Nordhessen

Die erhöhte staatliche Förderung für E-Fahrzeuge kann nun endlich kommen. Das ist eine gute Nachricht für den Automobilstandort Nordhessen, das VW-Werk Kassel und die Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Europäische Kommission hat in dieser Woche mitgeteilt, dass sie keine Einwände gegen eine höhere finanzielle Förderung von Elektrofahrzeugen in Deutschland hat. Jetzt kann der Umweltbonus für

Elektrofahrzeuge - wie Ende letzten Jahres vom Bundestag beschlossen - erhöht werden. Der Umweltbonus wird für rein elektrische Fahrzeuge von 4.000 auf 6.000 Euro und für Plug-In-Hybride von 3.000 auf 4.500 Euro bei einem maximalen Nettolistenpreis von 40.000 Euro steigen. Für Fahrzeuge über einem Nettolistenpreis von 40.000 bis maximal 65.000 Euro wird der Umweltbonus für rein elektrische Fahrzeuge 5.000 Euro und

für Plug-In-Hybride 3.750 Euro betragen. Die Industrie wird sich weiterhin zur Hälfte am Umweltbonus beteiligen. Die Förderrichtlinie wurde im Februar veröffentlicht und ist damit in Kraft getreten. Entsprechende Anträge können über das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) gestellt werden: https://www.bafa.de/DE/Energie/Energieeffizienz/Elektromobilitaet/elektromobilitaet_node.html ■



Timon Gremmels MdB

FOTO: BÜRO GREMMELS

MEHR BETREUUNGSANGEBOTE FÜR GRUNDSCHULKINDER

Esther Dilcher MdB zum Ganztagsfinanzierungsgesetz

Ab dem vollendeten 1. Lebensjahr bis zum Schuleintritt besteht für Kinder ein Rechtsanspruch auf Förderung in einer Tageseinrichtung oder in der Kindertagespflege.

Ein bundesweiter Anspruch für Kinder im Grundschulalter existiert aber bislang noch nicht. Berufstätige Eltern von Grundschulkindern stehen deshalb nicht selten vor einem Problem: Wer kümmert sich nach Schulschluss um ihr Kind? Das soll

sich ändern: Ab 2025 sollen alle Kinder im Grundschulalter bis in den Nachmittag betreut werden. Die Bundesregierung plant ein Sondervermögen „Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter“ zu errichten.

Damit der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz für Kinder ab Schuleintritt bis zum Beginn der fünften Schulklasse ab 2025 erfüllt werden kann, braucht es vor Ort ein bedarfsgerechtes Angebot.

Die Investitionen der Länder und ihrer Gemeinden in den hierfür notwendigen quantitativen und qualitativen investiven Ausbau benötigen einen längeren Vorlauf. Um diesen Umständen Rechnung zu tragen, errichtet der Bund ein Sondervermögen für Finanzhilfen des Bundes an die Länder für gesamtstaatlich bedeutsame Investitionen und führt diesem in den Jahren 2020 und 2021 Fördermittel in Höhe von je 1 Milliarde Euro zu. ■



Esther Dilcher MdB

FOTO: BÜRO DILCHER

Zahlst Du den richtigen Beitrag?

Du willst Deinen Beitrag anpassen? Das geht online unter spd.de im Mitgliederbereich, in Deiner UB-Geschäftsstelle oder via E-Mail an bezirk.hessen-nord@spd.de sowie telefonisch unter 0561 700 10 11.

**Eine starke Organisation hat starke Mitglieder.
Starke Mitglieder zahlen einen Beitrag entsprechend ihrem Einkommen.
Wir bitten Dich, einmal Deinen Beitrag zu überprüfen.**

Die folgende Tabelle hilft Dir bei der Einschätzung deiner Beitragsstufe:

bis 1.000 €	bis 2.000 €	bis 3.000 €	bis 4.000 €	über 4.000 €
5,-	7,50 - 15 - 20 €	25 - 30 - 35 €	45 - 60 - 75 €	100 - 150 - 250 €

Für Mitglieder ohne Erwerbseinkommen, ohne Pensionen, ohne Renteneinkünfte oder ohne vergleichbare Einkommen sowie Gastmitglieder beträgt der monatliche Mitgliedsbeitrag 2,50 Euro. Ansonsten beträgt der Mindestbeitrag 5,- Euro

Für eine starke SPD in Nordhessen!



WICHTIGES ELEMENT ZUR HERSTELLUNG GLEICHWERTIGER LEBENSVERHÄLTNISSE

Dr. Daniela Sommer stellt Gesetzentwurf zur Landarztquote vor

Hessen hat ein Hausarztproblem: In den ländlichen Regionen ist es schon heute vielerorts nicht mehr selbstverständlich, in erreichbarer Nähe zum Wohnort eine allgemeinärztliche Praxis zu finden. Das Problem wird sich in den kommenden Jahren weiter verschärfen, wenn noch mehr Hausärzte auf dem Land, die das Ruhestandsalter erreichen oder bereits überschritten haben, ihre Praxis endgültig schließen, ohne einen Nachfolger gefunden zu haben.

Die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Dr. Daniela Sommer möchte verhindern, dass die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum weiter ausgedünnt wird, und hat deshalb einen umfassenden Gesetzentwurf zur Einführung einer so genannten „Landarztquote“ in den Landtag eingebracht.

Dr. Daniela Sommer stellte den Gesetzentwurf vor. Sie erläuterte: „Wir möchten an den hessischen Universitäten gerne zehn Prozent der Medizinstudienplätze für solche Bewerberinnen und Bewerber reservieren, die sich vertraglich verpflichten, nach dem Studium mindestens zehn Jahre

lang als niedergelassener Hausarzt bzw. Hausärztin in einem Gebiet zu praktizieren, das von einer ärztlichen Unterversorgung betroffen oder bedroht ist. Für diese Vorfestlegung auf die Arbeit als Landarzt soll den Bewerberinnen und Bewerbern ein privilegierter Zugang zum Medizinstudium eingeräumt werden. Im Gegenzug werden Vertragsstrafen von bis zu 250.000 Euro für den Fall festgelegt, dass eine Kandidatin oder ein Kandidat sich im Anschluss an das Studium entgegen der Vereinbarung nicht als Hausarzt auf dem Land niederlässt.“

Eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg der Landarztquote sei es, die Zahl der Medizinstudienplätze an den hessischen Universitäten insgesamt zu erhöhen, so Daniela Sommer: „Niemand, der sich mit dem Thema beschäftigt, bezweifelt, dass wir die Kapazitäten für die Mediziner- ausbildung erhöhen müssen. Aus den zusätzlichen Studienplätzen lässt sich dann auch das Kontingent für die Landarztquote schöpfen.“

Sommer widersprach der Annahme, dass sich der Mangel an Hausärztinnen und Hausärzten auf dem Land durch

digitale eHealth-Angebote und Telemedizin ausgleichen lasse: „Egal, wie groß die Fortschritte in der Digitalisierung und der Künstlichen Intelligenz sein werden – am Ende lässt sich der Hausarzt aus Fleisch und Blut, der einem die Hand hält, Trost spendet und Mut zuspricht nicht ersetzen. Die Landarztquote ist deshalb ein ganz zentraler Baustein zur Verbesserung der medizinischen Versorgung und Infrastruktur. In Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz haben die Landesregierungen das offensichtlich verstanden – in beiden Ländern gibt es bereits entsprechende Quotenregelungen für das Medizinstudium.“

„Um den Anspruch zu erfüllen, gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land sicherzustellen, müssen wir neue Ansätze wählen. Die Landarztquote gehört zweifellos dazu. Denn sie kann ihren Beitrag dazu leisten, die medizinische Versorgung auch abseits der großen Städte sicherzustellen. Wenn es nicht gelingt, den Ärztemangel auf dem Land wirksam zu bekämpfen, wird sich das Gefühl, abgehängt zu sein, in Teilen des Landes weiter verstärken“, unterstrich Sommer. ■



Dr. Daniela Sommer Mdl.

FOTO: BÜRO SOMMER

IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD-Bezirk Hessen-Nord
Humboldtstr. 8 A
34117 Kassel
Fon 0561/7001013
Fax 0561/7001088
bezirk.hessen-nord@spd.de
www.spd-hessen-nord.de

ANZEIGE

HESSEN MUSS LAND DER FAIREN ENTLOHNUNG WERDEN

Wolfgang Decker MdL: – Hessen braucht einen Mindestlohn von 13 Euro

Die SPD-Fraktion hat einen Antrag in den Landtag eingebracht, in Hessen einen tariflich zu regelnden Mindestlohn von 13 Euro pro Stunde für unmittelbar und mittelbar beim Land Beschäftigte einzuführen. Die Initiative dafür war von der Fraktions- und Landesvorsitzenden Nancy Faeser ausgegangen.

Der arbeitsmarktpolitische Sprecher Wolfgang Decker sagte: „Auch für den Landesdienst muss der Grundsatz gelten: Wer Vollzeit arbeitet, muss von seinem Lohn leben können und einen Rentenanspruch über der Grundsicherung haben. Mit einem tariflich geregelten hessischen Mindestentgelt, das auch auf Beamte zu übertragen ist, muss ein weiterer wichtiger Schritt hin zu fairer Entlohnung getan werden“.

Decker forderte die anderen Fraktionen auf, diesen Schritt mitzugehen. Denn das

Land könne in seinem Einflussbereich einiges dazu beitragen. „Wir wollen, dass das Land mit mutigen Schritten vorangeht. Hamburg und Brandenburg haben bereits entsprechende Initiativen ergriffen. Was dort funktioniert, wird auch in Hessen funktionieren“, so Decker. Mit dem Antrag nehme man insbesondere die schwarzgrüne Regierungsmehrheit in die Pflicht. „Wir wollen wissen, ob sie bereit ist, mehr soziale Verantwortung zu übernehmen und ob sie bereit ist, ihren Beitrag für ein Land der fairen Entlohnung zu leisten“.

Decker verwies darauf, dass die Forderung der SPD die nachdrückliche Unterstützung der Gewerkschaftsseite finde. „Neben den unmittelbar beim Land Beschäftigten soll diese tarifliche Regelung auch für Beschäftigte öffentlicher Unternehmen, für Beschäftigte in Toch-

terunternehmen und für Beschäftigte in sonstigen Einrichtungen gelten, in denen das Land jeweils Einflussmöglichkeiten hat“.

Darüber hinaus wolle die SPD auch, dass bei der öffentlichen Auftragsvergabe den Niedriglöhnen ein Riegel vorgeschoben werde. Deshalb müsse hier die unterste Tarifentgeltgruppe des TV-H statt des gesetzlichen Mindestlohnes als unterste Grenze angesetzt werden. Perspektive sei auch hier eine Untergrenze von 13 Euro. „Auch wenn der Antrag im Landtag keine Mehrheit findet, werden wir in der Sache hart bleiben. Denn wir wollen, dass künftig kein unmittelbar oder mittelbar beim Land Beschäftigter mit weniger als 13 Euro die Stunde nach Hause geht und wir wollen damit ein wichtiges Signal in den gesamten hessischen Arbeitsmarkt schicken“, machte Decker deutlich. ■



Wolfgang Decker MdL

FOTO: BÜRO DECKER

LAND HESSEN BEENDET BERUFSEINSTIEGSBEGLEITUNG

Manuela Strube MdL: Ein Jahr Untätigkeit

In der letzten Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses im Hessischen Landtag erklärte Sozialminister Kai Klose von Bündnis 90/Die Grünen das Ende der Berufseinstiegsbegleitung für Schülerinnen und Schüler. Nach einem Jahr Untätigkeit der Landesregierung kündigte der Minister damit ein gut gehütetes Geheimnis. Die berufsbildungspolitische Sprecherin der SPD Manuela Strube erklärte zu dem Aus der Berufseinstiegsbegleitung: „Friede, Freude, Eierkuchen – zehn Jahre lang war das Instrument der Berufseinstiegsbegleitung von der Landesregierung gern gesehen. Jetzt, da die Förderung seitens der Bundesebene ausläuft, und die Landesregierung nun die Hälfte der Förderung übernehmen müsste, findet sie es auf einmal schlecht und wird die Berufseinstiegsbegleitung nicht fortsetzen und hierfür auch keine originären Landesmittel zur Verfügung

stellen.“

Die Entscheidung, das Programm nicht fortzuführen, komme spät, kritisierte Strube. Für eine nahtlose Fortführung hätte bereits Anfang 2019 eine Entscheidung von Sozialminister Kai Klose und Kultusminister Prof. Dr. Alexander Lorz getroffen werden müssen.

Auch jetzt konnte der Minister die Fragen der SPD-Fraktion, die ihm bereits seit Juni 2019 vorliegen, immer noch nicht beantworten. Stattdessen werde weiterhin mit teilweise falschen Angaben gegen die Fortsetzung der Projekte argumentiert. So heißt es, dass die Maßnahme lediglich für ein Jahr ausgeschrieben werde. „Richtig ist, dass für zwei Jahre ausgeschrieben wird und es eine Optionsmöglichkeit von weiteren ein bis zwei Jahren gibt, d.h. wir hätten am Ende sogar eine vierjährige Laufzeit“, so Strube. Eine zu hohe Personalfuktuation könne somit nicht als

Begründung gelten. Außerdem biete eine zeitliche Begrenzung der Projekte auch die Chance, Maßnahmen bei der Fortführung neu zu gestalten und zu flexibilisieren. Verwunderlich sei an der Stelle auch, dass lediglich das Kultusministerium und das Wirtschaftsministerium drei Gespräche mit der Regionaldirektion Hessen geführt haben. Das Sozialministerium habe sich gar nicht an diesen Gesprächsrunden beteiligt. Über die Fortsetzung des Programms müsse aber im Sozialpolitischen Ausschuss entschieden werden.

„Uns bleibt unklar, ob das Land Hessen überhaupt inhaltliche Änderungswünsche gegenüber der Regionaldirektion Hessen kundgetan hat und warum diese letztendlich nicht erfüllt werden konnten“, sagte Strube. Dies zeige, dass es seitens des Sozialministeriums nie ein ernsthaftes Interesse an einer Fortführung des Programms gegeben habe. ■



Manuela Strube MdL

FOTO: BÜRO STRUBE

GLÜCKWUNSCH!

GEWALT GEGEN BESCHÄFTIGTE IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Günter Rudolph MdL: Warnschuss für die Landesregierung

Der Deutsche Beamtenbund (dbb) Hessen hat einen umfangreichen Lagebericht zur Gewalt gegen Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes vorgelegt. Zu den Ergebnissen sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Günter Rudolph:

„Die Ergebnisse der Studie bestätigen, was unter anderem ein Berichtsantrag der SPD-Landtagsfraktion im Jahr 2017 schon zu Tage gebracht hat. Insbesondere Polizeibeamte, Justizvollzugsbedienstete und Gerichtsvollzieher sind in erheblichem Maße Gewalt, Beleidigungen und

Bedrohungen ausgesetzt. Aber auch in Schulen und Jobcentern wird der Umgang härter. Es zeigt sich deutlich, dass wir konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Hessischen Landesbediensteten brauchen. Die gebetsmühlenartig wiederholten Danksagungen von Vertretern der Landesregierung vor allem an Polizei und Rettungskräfte sind jedenfalls kein wirksamer Beitrag zur Problemlösung.“

Die Studie lege zudem offen, an welchen Stellen angeknüpft werden müsse und könne, so Rudolph: „Es wird deutlich,

dass sich die Betroffenen ein Konsequenteres Durchgreifen der Justiz wünschen sowie eine bessere Vorbereitung auf und Unterstützung in Konfliktsituationen. Wir erwarten von der Hessischen Landesregierung, dass sie dies ernst nimmt und daraus auch Konsequenzen zieht.“

Das Land als Arbeitgeber könne es sich nicht leisten, seine Beschäftigten im Stich zu lassen. „Insbesondere in Zeiten wie diesen brauchen wir einen starken Staat, der sich gegen Angriffe zur Wehr zu setzen weiß. Das beginnt beim Schutz seiner Beschäftigten“, so Rudolph. ■

Maria Bielitzka
aus Werratal
Jakob Möller
aus Spangenberg
Otto Albrecht
aus Hessisch Lichtenau
Heinrich Müller
aus Gladenbach
zum 95. Geburtstag

Walter Müller
aus Immenhausen
Walter Apel
aus Hessisch Lichtenau
zu 60 Jahren
Parteimitgliedschaft

Georg Herzog
aus Lohfelden
zu 65 Jahren
Parteimitgliedschaft ■